

JUNI 2006

Die transatlantische Agenda ist heute global. Europa und die USA können internationale Probleme wie den Terrorismus, die künftige Energieversorgung, das Aufstreben neuer Mächte in Asien und andere Herausforderungen der Globalisierung nur gemeinsam meistern. Die *Global Must Reads* fassen die wichtigsten Studien und Analysen aus amerikanischen und europäischen Think Tanks sowie internationalen Zeitschriften auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals www.global-agenda.org.

- ▶ **Globale Gefahren: vom „Kontrollparadigma“ zu nachhaltiger Sicherheit** Seite 1
- ▶ **Wirtschaftspatriotismus: versteckter Protektionismus?** Seite 2
- ▶ **Die Zukunft müssen alle sichern – auch die Unternehmen**
- ▶ **Standort Deutschland steht bei Unternehmern hoch im Kurs** Seite 3
- ▶ **Amerikas unsensibler Umgang mit Russland könnte sich rächen**
- ▶ **Europäische Union als Vorbild für Asien** Seite 4
- ▶ **Kleinwaffen: die wahren Massenvernichtungswaffen**

Globale Gefahren: vom „Kontrollparadigma“ zu nachhaltiger Sicherheit

Global Responses to Global Threats: Sustainable Security for the 21st Century, Chris Abbott, Paul Rogers und John Sloboda, *Oxford Research Group*, Juni 2006

Fragt man nach den größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts, nennen die meisten Menschen den internationalen Terrorismus. Und auch die gesamte westliche Politik ist geprägt von der starken Aufmerksamkeit, die das Phänomen erfährt. Studien dagegen zeigen immer wieder, dass der internationale Terror verglichen mit anderen Gefahren nur eine geringe Größe darstellt – so auch eine aktuelle Analyse der Oxford Research Group.

Die wahren Ursachen für Konflikte und die globale Unsicherheit im 21. Jahrhundert liegen im Klimawandel, im Kampf um knappe Ressourcen, in der Benachteiligung einer Mehrheit der Weltbevölkerung und in der weltweiten Militarisierung. Die derzeitigen Strategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen lassen sich unter das so genannte „Kontrollparadigma“ fassen: der Versuch, den Status quo durch militärische Mittel aufrecht zu erhalten und globale Unsicherheit zu kontrollieren, ohne aber die eigentlichen Ursachen zu bekämpfen. Langfristigen Erfolg versprechen solche Strategien nicht. Deshalb ist ein grundsätzlicher Politikwechsel notwendig.

Diesen neuen Ansatz beschreiben die Autoren als „Nachhaltiges Sicherheitsparadigma“. Der wichtigste Unterschied zum „Kontrollparadigma“ besteht darin, dass man nicht mehr nur die Symptome der Gefahren behandelt. Stattdessen wird die Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Bedrohungen und ihren Ursachen stärker berücksichtigt: Umweltprobleme und Ressourcenknappheit beispielsweise dürfen nicht länger isoliert von globalen sozioökonomischen Schiefen behandelt werden. Den Auswirkungen von knappen Ressourcen und Klimawandel kann nur durch massiv reduzierten Energiekonsum und erneuerbare Energien begegnet werden. Eine reformierte UNO hätte diesen kooperativen Ansatz zu koordinieren, da die einzelnen Regierungen zu stark auf ihre Eigeninteressen bedacht sind.

NGOs und die Zivilgesellschaft sollten ihre Regierungen davon überzeugen, dass ein Politikwechsel im Sinne des „Nachhaltigen Sicherheitsparadigmas“ notwendig ist. Wenn innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre ein solcher Politikwechsel ausbleibt, wird es äußerst schwierig, vielleicht sogar unmöglich, die globale Ordnung im 21. Jahrhundert nachhaltig zu sichern. [Mehr...](#)

Wirtschaftspatriotismus: versteckter Protektionismus?

Economic Patriotism, Patricia Wruock, *Deutsche Bank Research*, 14.06.2006

Ein neues Schlagwort prägt die Debatte um Globalisierung, ausländische Investoren und Unternehmensübernahmen: Wirtschaftspatriotismus. Es wird benutzt als Euphemismus für eine Reihe von Maßnahmen, die von klassischem Protektionismus bis hin zu nationaler Industriepolitik reichen und in der öffentlichen Diskussion häufig vermischt werden. Gleichwohl verschwimmen in der Praxis zunehmend die Grenzen zwischen beiden Begriffen.

Die im Westen vorherrschende Wirtschaftstheorie rät dem Staat, nur sehr begrenzt in Marktvorgänge einzugreifen. Das Hauptproblem besteht in dem Informationsdefizit, das der Staat gegenüber anderen Marktteilnehmern hat. Zudem sind Kriterien wie Effizienz und Rentabilität bei politischen Entscheidungen häufig nur zweitrangig. Unverzichtbar dagegen ist staatliches Eingreifen dort, wo es um die Schaffung von Rahmenbedingungen geht und wo der Markt nur unzureichend wirkt – z.B. in den Bereichen Infrastruktur und Bildung.

Welches sind die klassischen Argumente der Befürworter eines intervenierenden Staates? Ganz oben auf der Liste steht die Angst vor Arbeitsplatzverlust, dicht gefolgt von Bedenken im Bereich der Energieversorgung und – damit verbunden – der nationalen Sicherheit. Dahinter steckt ein allgemeines und vages Gefühl des Souveränitätsverlustes als Folge der Globalisierung. Wirtschaftspatriotismus entsteht also auch als Reaktion auf wachsende wirtschaftliche Verflechtung. Aber schafft er wirklich Abhilfe, wenn es um die genannten und durchaus berechtigten Sorgen geht?

Großbritannien etwa steht Übernahmen durch fremde Investoren sehr offen gegenüber – zum eigenen Vorteil. Frankreich dagegen ist bekannt für seinen Staatsinterventionismus und versucht weiterhin, so genannte nationale Champions zu protegieren. In Deutschland spricht man eher von Ordnungspolitik, die den Fokus auf die Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen legt. Klar ist: Protektionistische Tendenzen sind Sand im Getriebe eines funktionierenden europäischen Binnenmarktes. Bisher fehlen der Europäischen Kommission die nötigen Sanktionsmittel, um Mitgliedstaaten zu bestrafen, wenn sie die Regeln des EU-Binnenmarktes durch protektionistische Maßnahmen brechen. Den Preis für Wirtschaftspatriotismus innerhalb der EU aber zahlen am Ende alle Mitglieder. [Mehr...](#)

Zukunft müssen alle sichern – auch die Unternehmen

The role of business in tomorrow's society, Odd Gullberg, *World Business Council for Sustainable Development*, 02.06.2006

Das Vertrauen der Gesellschaft in Unternehmen ist gering. Doch die Bewältigung globaler Probleme wie Klimawandel, Armut, schwindende Rohstoffe oder alternde Bevölkerungen erfordert die Mitwirkung aller – auch der Unternehmen. Die These, im 21. Jahrhundert würden diejenigen Geschäftsmodelle erfolgreich sein, die Lösungen für die dringendsten globalen Herausforderungen bieten, findet immer mehr Anhänger. Doch dazu müssen die Unternehmen die verschiedenen Akteure noch besser verstehen lernen:

- *Regierungen* geben die Rahmenbedingungen vor, in denen Unternehmen als Teil der Gesellschaft agieren. Recht und Gesetz, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit bilden das Fundament wirtschaftlichen Handelns.
- *Nichtregierungsorganisationen* (NGOs) können ihre Vertrauensposition bei den Verbrauchern und Bürgern dazu nutzen, für gemeinsame Prioritäten von Unternehmen, Regierungen und NGOs zu sorgen und zu werben.
- *Verbraucher und Bürger* haben die Macht, zwischen den Produkten verschiedener Unternehmen zu wählen und so über deren Erfolg bzw. Misserfolg mitzubestimmen.
- *Aktionäre und Investoren* verschaffen den Unternehmen die finanziellen Mittel und fordern dafür Wertsteigerungen. Profitabilität bleibt daher ein wichtiges Kriterium.

Die Probleme, denen Gesellschaften heute gegenüberstehen, verlangen kooperative Lösungsstrategien. Die Unternehmen haben die Kapazitäten, aber kein demokratisches Mandat und genießen oft nur geringes Vertrauen. Die Regierungen dagegen haben das Mandat, aber keine vergleichbaren Kapazitäten wie die Wirtschaft. NGOs verfügen über das Vertrauen, aber ebenfalls über kein Mandat. Meistens besitzen sie ein hohes Maß an Expertise, aber wenig Ressourcen. Zusammen verfügen diese verschiedenen Akteure der Gesellschaft über alle benötigten Fähigkeiten, um die globalen Herausforderungen effektiver anzugehen. Daher ist eine Partnerschaft zwischen ihnen so wichtig.

In den vergangenen Jahren haben immer mehr Unternehmen gesellschaftspolitische Verantwortung übernommen. Doch ein umfassender Dialog über die Rolle der verschiedenen Akteure bei der Gemeinschaftsaufgabe Zukunftssicherung steht noch aus. [Mehr...](#)

Standort Deutschland steht bei Unternehmern hoch im Kurs

Kennzeichen D: Standortanalyse 2006, Peter English und Johannes Rettig, *Ernst & Young*, Juni 2006

Deutschland ist viel besser als sein Ruf. Bei einer Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young wählten 1019 international tätige Unternehmen Deutschland zu einem der attraktivsten Standorte der Welt. Besser schnitten nur die USA und China ab, die sich den ersten Platz teilen. Auf Deutschland folgen Indien und Polen. Attraktivster Wirtschaftsraum der Welt bleibt Westeuropa, vor Zentral- und Osteuropa sowie Nordamerika.

Das gute Abschneiden des Standortes Deutschland ist bemerkenswert, lag er doch im vergangenen Jahr noch auf Rang fünf. Er hat damit Polen als attraktivsten Standort für Direktinvestitionen in Europa überholt. 2005 bewerteten nur 37% der befragten Unternehmen die deutsche Standortpolitik positiv, diesmal waren es 57%. Neben den verbesserten Rahmenbedingungen spielt die deutlich positivere Stimmung in der deutschen Wirtschaft eine wichtige Rolle. In den Bereichen Logistik, Forschung und Entwicklung sowie Verwaltung und Design ist Deutschland weltweit die Nummer eins.

Investoren achten bei ihrer Entscheidung für oder gegen einen Standort vor allem auf die vorhandene Infrastruktur, auf die Arbeitskosten und die Chance auf Produktionszuwächse. Gerade bei den Arbeitskosten hat Deutschland einen Wettbewerbsnachteil.

Nach Ansicht der befragten Unternehmen wird die Attraktivität des Standortes Deutschland in Zukunft weiter zunehmen. Dennoch planen nur 22% der bereits hier tätigen Firmen eine Ausweitung ihrer Aktivitäten. Für die Entwicklung des Standortes Deutschland wird entscheidend sein, seine bestehenden Stärken weiter auszubauen, zum Beispiel durch Investitionen ins Bildungssystem. Ausruhen sollten die Deutschen sich nicht, denn eine ausufernde Bürokratie, viel Regulierung, ein unflexibler Arbeitsmarkt und hohe Arbeitskosten schrecken weiterhin viele Investoren ab. [Mehr...](#)

Amerikas unsensibler Umgang mit Russland könnte sich rächen

The New American Cold War, Stephen F. Cohen, *The Nation*, 10.07.2006

Entgegen weit verbreiteter Annahmen könnte die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA von Russland ausgehen. Zwar hat es den Anschein, Russland habe sich von seinem wirtschaftlichen Absturz in den 1990er Jahren erholt – die Wirklichkeit sieht aber anders aus: Es gibt kaum Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur des Landes, zwei Drittel der Einwohner leben an der Armutsgrenze oder darunter. Das politische System konzentriert sich ganz auf Wladimir Putin, der hohes Ansehen in der Bevölkerung genießt. Doch das enorme Potential an nuklearem, chemischem und biologischem Waffenmaterial, die unsicheren Reaktoren, ethnische Auseinandersetzungen, Terroranschläge oder das nahende Ende der Ära Putin stellen für das Land ernsthafte potentielle Gefahren dar. Zusammengenommen ist das Bedrohungspotential größer als zu Zeiten des Kalten Krieges.

Anstatt behutsam mit der unsicheren Lage umzugehen, haben die USA Russlands zwischenzeitliche Schwäche rücksichtslos ausgenutzt:

- Das Land wurde militärisch mit US- und NATO-Basen eingekreist.
- Interessen Moskaus außerhalb des russischen Territoriums wurden geleugnet, während die USA ihr Einflussgebiet bis an die Grenze Russlands ausdehnten.
- Die USA mischten sich ständig in interne russische Angelegenheiten ein, sei es durch Berater oder durch Unterstützung von Oppositionsgruppen.

- Parallel dazu sicherten die USA ihre nukleare Überlegenheit.

In diesem Jahr gipfelte die antirussische Haltung in zahlreichen kritischen Medienbeiträgen zu Russlands Innen- und Außenpolitik. Die Riege der amerikanischen Kritiker zieht sich quer durch die politische Landschaft.

Russland antwortete, indem es sich verstärkt gegen demokratische Bewegungen in den post-sowjetischen Staaten richtete und die autoritären Regime der Region unterstützte. Hinzu kommt die neue „strategische Partnerschaft“ mit China, die Politik, Wirtschaft und Militär umfassen soll. Die Unterstützung des Iran und anderer anti-amerikanischer Regierungen im Nahen Osten könnte für weitere Unruhe sorgen. In Russland vermutet man die wahren Absichten der USA darin, Kontrolle über die russischen Energieressourcen zu erlangen, Zugang zu den Nuklearwaffen zu bekommen und das Land durch NATO-Staaten einzukreisen. Man will kein „Vasall des Westens“ werden.

Um jede Eskalation zu verhindern, sollten die USA Russlands Sicherheitsbedenken ernst und von der dritten NATO-Erweiterungsrunde Abstand nehmen. Doch zurzeit fehlt es in den USA an Stimmen für eine russlandfreundlichere Politik. Dies könnte sich eines Tages rächen. [Mehr...](#)

Europäische Union als Vorbild für Asien

Does Europe Have Something to Offer the World? Andrus Albers et al., *Brookings Institution*, Sommer 2006

Henry Kissinger gibt zu bedenken, dass Asien heute ähnliche Probleme hat wie Europa im 19. Jahrhundert: ein Ungleichgewicht der Kräfte zwischen zunehmend konkurrenzfähigen und nationalistischen Staaten. Aus wirtschaftlicher Sicht mag Asien für die Zukunft der Welt stehen, aus strategischer Sicht aber bietet es verstärkt Grund zur Sorge. Wenn Kissingers Annahme richtig ist, muss Asien versuchen, das 20. Jahrhundert zu „überspringen“, in dem von Europa zwei schreckliche Kriege ausgingen. Bei diesem steinigen Weg in die Zukunft könnte die Europäische Union als Vorbild dienen.

Wofür steht die EU? Sie ist sicher nicht der „wichtigste Schritt zu einer anti-hegemonialen Koalition“, wie Samuel Huntington behauptet. Vielmehr schöpft sie ihre Stärke aus der Tatsache, dass sie eine politische Vision mit einem institutionellen Prozess verknüpft. Diese Kombination kann durchaus als Inspiration für Regionen wie Asien, Lateinamerika oder Afrika dienen. Doch die einzelnen Regionen müssen ihre eigenen Formen der Einheit verwirklichen, die EU dient dabei nur als Vorbild. Bedeutend an diesem Vorbild ist, dass die europäische Einigung nicht zur Auflösung der Nationalstaaten geführt hat. Letztlich bestimmen die einzelnen Mitgliedsländer die Gemeinschaftspolitik.

In der globalisierten Welt von heute können die Nationalstaaten ihre Position durch Mitgliedschaft in einer größeren politischen Einheit verbessern. Europa beweist dies auf internationaler Bühne: Als Befürworter und Anwender von internationalem Recht und als einer der größten Geber von Entwicklungshilfe zählen die EU und ihre Mitgliedsländer zu den bedeutendsten Akteuren der internationalen Politik. Auch im globalen Handel spielt die EU als einer der weltweit größten Investoren eine Hauptrolle. Bestes Beispiel dafür ist der Euro: Der Unterschied zwischen den Ländern des ehemaligen Ostblocks, die der Eurozone beitraten, und jenen, die außen vor blieben, ist enorm. Nicht umsonst versucht die asiatische Entwicklungsbank, eine übergreifende Währungszone in der Region einzurichten.

Ein starkes Europa muss nicht notwendigerweise ein Gegengewicht zu den USA sein. Es könnte vielmehr Wegweiser sein für die Politik im 21. Jahrhundert: Bewältigung globaler Probleme durch globale Kooperation, multilateral statt unilateral, supranational statt national. [Mehr...](#)

Kleinwaffen: die wahren Massenvernichtungswaffen

Small Arms, Large Problems: The International Threat of Small Arms Proliferation and Misuse, Rachel Stohl und Matt Schroeder, *World Security Institute*, 07.06.2006

Revolver, Gewehre, Maschinenpistolen, Granatwerfer, Mörser – dies sind die wahren Massenvernichtungswaffen von heute. Während die Welt besorgt auf das iranische Atomprogramm schaut, sterben durch diese so genannten „Small Arms and Light Weapons“ jährlich zehntausende Menschen.

Unter dem Eindruck der Völkermorde in Afrika in den frühen 1990er Jahren fand im Jahr 2001 die erste weltweite Konferenz zum Thema Kleinwaffen statt. Doch die USA

sperrten sich gegen jede Einschränkung des Waffenbesitzes. Das verabschiedete Programm zur Bekämpfung des Waffenschmuggels und -missbrauchs sah statt Verpflichtungen nur Empfehlungen für die beteiligten Staaten vor. Fünf Jahre nach Verabschiedung des Programms bleibt noch viel zu tun: Erst 75% der Länder haben Ansprechpartner für dieses Thema ernannt; viele Staaten haben ihre Gesetze und Vorschriften noch nicht angepasst; längst nicht alle Mitglieder der UN verbieten den unangemeldeten Waffenbesitz; es gibt noch kein einheitliches System zur Kennzeichnung der Waffen und die internationale Zusammenarbeit funktioniert nur schleppend. Hauptproblem im Kampf gegen die Verbreitung von Kleinwaffen ist das Einstimmigkeitsprinzip der UN.

Will die internationale Gemeinschaft den Handel und den Missbrauch von Kleinwaffen unterbinden, muss sie auf drei Ebenen tätig werden:

- **Waffenhandel kontrollieren:** Der legale Handel von Waffen muss stärker überwacht werden, da ihre Herstellung in der Regel legal erfolgt, bevor sie in die Hände von Waffenschmugglern geraten. Noch fehlt es an einem internationalen System zur Überwachung des Waffenhandels.
- **Waffen vernichten:** Die Zerstörung von überschüssigen und veralteten Waffen ist eine einfache und kostengünstige Strategie zur Bekämpfung des Waffenschmuggels.
- **Missbrauch verhindern:** Alle UN-Mitgliedsstaaten sollten den Besitz eines Waffenscheins zur Voraussetzung für das Tragen einer Waffe machen. [Mehr...](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter www.global-agenda.org.

The screenshot shows the 'GLOBAL AGENDA' website navigation menu. At the top, it says 'Wir navigieren Sie durch die strategischen Themen der Weltpolitik'. Below this, there are three main categories: 'INTERNATIONALE POLITIK', 'GLOBALE WIRTSCHAFT', and 'STRATEGISCHE REGIONEN'. Each category has a list of sub-topics.

INTERNATIONALE POLITIK	GLOBALE WIRTSCHAFT	STRATEGISCHE REGIONEN
<ul style="list-style-type: none"> → Massenvernichtungswaffen und Terrorismus → Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten → Entwicklungspolitik/Kampf gegen Armut → NATO/ESVP → Klimawandel/Umweltschutz → Zukunft der UN/Global Governance 	<ul style="list-style-type: none"> → Energie/Rohstoffe/Wasser → Bildung/Forschung/Technologie → Demographie/Global Aging/Migration → Weltwirtschaft und Handel → Kapitalmarkt/Corporate Governance → Corporate Citizenship/CSR 	<ul style="list-style-type: none"> → China → Indien → Russland/Ukraine → Asien → Afrika → Lateinamerika



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Eddie Hartmann

© Atlantische Initiative e.V. – Linkstrasse 12/Potsdamer Platz – 10785 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.org

Neben der Webseite www.global-agenda.org und den *Global Must Reads* rundet der *Atlantic Press Digest* unser Serviceangebot ab. Wir informieren Sie bereits morgens um 7:30 Uhr schnell, übersichtlich und komprimiert über Kommentare und Meinungsartikel aus 12 internationalen Zeitungen, darunter Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt, Washington Post und New York Times.



Sollten Sie an einem weiteren kostenlosen Bezug der *Global Must Reads* nicht interessiert sein, schicken Sie bitte eine Mail an info@atlantische-initiative.org.